



vorwärts

HAMBURGER KURS

TERMINE

SONNABEND, 04.07.09, 14:00-18:00

Sommerfest Allermöhe: Infostand und Kinderattraktionen des Distrikts Neuallermöhe, Allermöhe Ost, Grachtenplatz

SONNABEND, 04.07.09, 15:00

Sommerfest/Nachbarschaftsfest Distrikt Bergedorf mit: Hans-Ulrich Klose (MdB), Christoph Krupp (Bezirksamtsleiter Bergedorf), Michael Neumann (Fraktionsvorsitzender in der Bürgerschaft), Heinrich-Heine-Weg 13, 21029 Bergedorf

FREITAG, 10.07.09, 19:00

Roter Salon mit Olaf Scholz und Hans-Ulrich Klose, Thema: Statt Millionen für Manager und Dumpinglöhne für Arbeitnehmer - Für eine gerechtere Gesellschaft, Serrahnforum, Serrahnstr. 1, 21029 HH

SONNABEND, 11.07.09, 10:00

14. Bergstedter Fußballturnier, Sportplatz Teekoppel

SONNABEND, 11.07.09, 14:30-17:00

Grillfest Lohbrügge mit Hans-Ulrich Klose, Am Spielhaus Kurt-Adams-Platz

SONNTAG, 12.07.09, 14:00

Kommunalpolitische Fahrradtour der SPD Osdorf, Treffpunkt: Botanischer Garten, S-Bahn Flottbek

MONTAG, 13.07.09, 19:00

8. Harburger Gespräch: „2009 – ein besonderes Jubiläumsjahr deutscher Geschichte“ mit Hans-Jochen Vogel und Hans-Ulrich Klose, „Stellwerk“ im Harburger Bahnhof, Hanoversche Straße 85, 21079 Hamburg

MONTAG, 13.07.09, 18:00

Neumitgliederabend, Rathausführung mit dem Fraktionsvorsitzenden Michael Neumann, anschließend: Beisammensein mit dem Landesvorsitzenden Ingo Egloff, Rathausdiele, Hamburger Rathaus
Anmeldung unter 280848-25 oder anmeldung@spd-hamburg.de

DIENSTAG, 14.07.09, 19:30

Olaf Scholz: Talk in Altona mit Ulla Schmidt, Altonaer Theater, Museumstraße 17

WIR KÄMPFEN!

Dieser Wahlkampf wird nicht leicht – aber unser Einsatz wird sich lohnen

Von Ingo Egloff



Gute Stimmung auf dem Bundesparteitag: Landesvorsitzender Ingo Egloff, seine Stellvertreterin Inka Damerau und Dorothee Stapelfeldt.

Der Europawahlkampf ist gerade vorbei und schon beginnt die nächste Wahlauseinandersetzung: Die Vorbereitungen zur Bundestagswahl im September laufen auf Hochtouren. Diese Situation ist für unsere Partei – auch in Hamburg – eine besondere Herausforderung.

Das Ergebnis der Europawahl blieb für uns deutlich hinter den Erwartungen zurück. Das ist vor allem mit Blick auf die sehr engagiert geführte Kampagne enttäuschend. Doch dieser Umstand hat nicht zu Resignation in der Partei geführt, im Gegenteil: Nicht nur auf dem Bundesparteitag in Berlin war den Genossinnen und Genossen anzumerken, dass sie sich mit aller Kraft im Wahlkampf einsetzen wollen.

Die Partei hat auf dem Parteitag gezeigt, dass sie bereit ist zu kämpfen. Frank-Walter Steinmeier hat in seiner mitreißenden Rede auf dem Parteitag gezeigt, worauf es ankommt: Ärmel aufkrempeln, rausgehen und mit den Menschen reden und zuspitzen. Die Menschen müssen wissen, was eine Mehrheit für Schwarz-Gelb bedeutet. Tarifautonomie und Kündigungsschutz werden gefährdet sein. Wer die gegenwärtige Krise als Betriebsunfall ansieht, wie die FDP, der darf nicht anschließend bestimmen, wohin die Reise geht. Wir müssen dafür sorgen, dass derartige Dinge nicht mehr passieren, wir müssen für Regeln und Aufsicht sorgen. Und das geht nur mit einem möglichst hohen Stimmenanteil für die SPD.

Alle Delegierten der Hamburger SPD und auch die 50 Genossinnen und Genossen, die extra mit einem Bus aus Hamburg angereist waren, verließen Berlin mit dem Gefühl, wir können es schaffen, aber wir müssen es auch wollen.

Unser Ziel für Hamburg bleibt weiterhin, alle sechs Wahlkreise direkt zu gewinnen. Wir alle wissen, dass das nicht einfach wird. Daher sind wir auf die Mitarbeit jeder Genossin und jedes Genossen angewiesen. Diese Anstrengung kann nur mit

vereinten Kräften unternommen werden. Dass wir kämpfen können, haben wir schon oft bewiesen. Dies wird der Sozialdemokratie zugetraut und es wird von ihr erwartet!

Wir werden die geeigneten Instrumente finden, um das Wählerpotenzial der SPD – das deutlich höher ist, als es die mäßigen Wahlergebnisse der jüngeren Vergangenheit vermuten lassen – auszuschöpfen. Es gibt ca. 6 Millionen SPD-Wähler im Wartestand, die wir bewegen müssen zur Wahl zu gehen. Es geht um Wählergruppen von unseren ehemaligen Stammwähler bis hin zur Neuen Mitte, die wir in der Zeit von Gerhard Schröder erreicht haben.

Sie alle erwarten eine klare Orientierung, verständliche Aussagen, die sich auch deutlich von denen der politischen Mitbewerber unterscheiden. Grundsätzlich können sich viele Menschen vorstellen, die Sozialdemokratie zu wählen. Sie werden dies aber nur tun, wenn sie davon überzeugt sind, dass die SPD selbst genau weiß, was sie will!

Was die Union will, ist klar: Mit dem Wunschkoalitionspartner FDP, in der Mehrheit Ideologen des ungezügeltten Marktes, der uns geradewegs in die Krise geführt hat, setzt sie auf die Rezepte von gestern. Ihre steuerpolitischen Vorstellungen sind unseriös und unsolidarisch. Die Linke hat als Partei der Unzufriedenen und Enttäuschten ausgedient und hat ihren Platz als etablierte ostdeutsche Regionalpartei gefunden. Doch vor allem ist wichtig, dass wir darüber reden, was wir wollen. Wir können selbstbewusst auf Erfolge in der Regierungsarbeit ver-



Die Hamburger Delegation mit Melanie Schlotzhauer, Milan Pein und Antje Mohr

weisen und wir haben die besseren Konzepte für die Zukunft: gerechte Steuern, klare Regeln für die Finanzmärkte, Förderung von Familien, mutige Investitionen im Bildungsbereich, aktive Arbeitsmarktpolitik, konsequenter Ausbau erneuerbarer Energien statt neuer Atomkraftwerke.

Unser Kurs stimmt. Und wenn wir hinausgehen auf die Wochenmärkte und in die Fußgängerzonen, zu den Sommerfesten und in die Seniorenheime, dann wissen wir, dass es sich lohnt – und dass Wahlkampf Spaß macht!

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

am Abend der Europawahl war es ein leichter Zugewinn von 0,1 Prozent, den wir als Hamburger Sozialdemokraten verbuchen konnten. Immerhin lagen wir insgesamt wieder deutlich über dem Bundesergebnis, was allerdings angesichts der großen Hoffnungen, die wir mit dem Ausgang dieser Wahl verbanden, nur ein schwacher Trost sein konnte. Und auch die großen Verluste von CDU und GAL können nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir ein strukturelles Problem bei der Mobilisierung unserer Wähler haben. Wieder einmal zeigt sich in der Analyse des Wahlergebnisses, dass die CDU vor allem davon profitiert, dass ihre – vorwiegend älteren und in bevorzugten Wohngebieten lebenden – Wähler häufiger von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. In den anderen Stadtteilen, in denen wir oftmals überdurchschnittliche Ergebnisse erreichen, werden die Wahllokale von weniger Menschen aufgesucht.

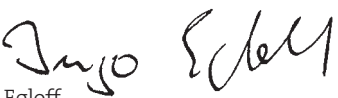
Kurz gesagt: Dort, wo die SPD die besseren Ergebnisse erzielt, ist die Wahlbeteiligung niedrig, teilweise sehr niedrig. Auf der anderen Seite sorgt eine hohe Wahlbeteiligung in den CDU-Hochburgen für viele Unions-Stimmen. Insgesamt bleiben wir beim Gesamtergebnis dadurch unter unseren Möglichkeiten. Wir werden diesen Umstand in einer detaillierten Analyse untersuchen und in der weiteren Wahlkampfplanung berücksichtigen. Dennoch bleibt festzuhalten, dass wir mit Blick auf die bevorstehenden Bundestagswahlen von anderen Voraussetzungen ausgehen können: Es ist zu erwarten, dass die Wahlbeteiligung erfahrungsgemäß deutlich höher ausfällt und durch die thematische und personelle Zuspitzung am Ende auch eine bessere Mobilisierung unserer Wählergruppen gelingen wird.

Ich gratuliere Knut Fleckenstein, der uns in den kommenden fünf Jahren als Hamburger Abgeordneter in Europa vertreten wird und danke ihm für einen wirklich engagierten Wahlkampf. Es ist gut, dass wir Hamburger Sozialdemokraten wieder einen Europaabgeordneten haben, der Hamburger Interessen auf EU-Ebene vertreten wird und auch in unserer Stadt für die Bürger ansprechbar ist.

In den letzten zwei Wochen vor der Europawahl – also zu einem in der Tat wenig günstigen Zeitpunkt – hat uns noch ein Thema beschäftigt, das erst durch die ausführliche Berichterstattung in den Medien wieder einen gewissen Stellenwert erlangt hat. Es geht um den Stimmzetteldiebstahl und um den Umgang mit dem internen Untersuchungsbericht. Ich will auch an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich sagen, dass zu keinem Zeitpunkt etwas verheimlicht wurde und alles Mögliche getan wurde, was eine Aufklärung hätte herbeiführen können. Nachdem in der Presse aus dem Bericht zitiert worden war, hat der Landesvorstand auf meinen Vorschlag entschieden, den Untersuchungsbericht zu veröffentlichen. Ich habe euch bereits in einem Brief über den Umgang mit diesem Thema informiert. Wieder einmal bleibt festzuhalten, dass es besser ist, in der Partei miteinander statt in den Medien übereinander zu reden.

Schauen wir also nach vorn. Und – Frank-Walter Steinmeier hat es uns vorgemacht – blicken wir zuversichtlich in Richtung Bundestagswahl. Mit seinem bejubelten Auftritt auf dem letzten Bundesparteitag in Berlin hat er der Partei neuen Mut gegeben. Ich meine, dass es die beste Rede war, die er bisher gehalten hat. Wir wissen nun: Unser Spitzenkandidat will kämpfen. Erfolgreich wird er und werden wir alle nur sein, wenn die ganze Partei mitmacht. Wir werden euch in den nächsten Ausgaben des Hamburger Kurses, mit Info-Mails und auf der Homepage über alle Wahlkampfaktivitäten informieren.

Vor uns liegen drei Monate, in denen wir zeigen können, dass engagierter Wahlkampf Spaß macht. Wir haben ein Ziel, für das es sich lohnt zu kämpfen. Wir wollen, dass Frank-Walter Steinmeier der vierte sozialdemokratische Bundeskanzler wird.

Euer

 Ingo Egloff



KONSENS FÜR WAHLRECHTS-FRIEDEN

Das neue Wahlrecht ist ein notwendiger Kompromiss

Von Britta Ernst, Andreas Dressel und Frank Richter

Nach einem erneut erfolgreichen Volksbegehren für ein neues Wahlrecht haben die in der Bürgerschaft vertretenen Parteien mit der Wahlrechtsinitiative in den vergangenen Wochen intensiv über Veränderungen am Hamburger Wahlrecht beraten. Für die SPD verhandelten ihr stellvertretender Landesvorsitzender Frank Richter sowie die Bürgerschaftsabgeordnete Britta Ernst und Andreas Dressel. Resultat der Gespräche: Die Hamburgische Bürgerschaft hat einstimmig ein neues Wahlrecht für Bürgerschaft und Bezirksversammlungen beschlossen.



Wie kam es dazu?

Die CDU hatte nach dem erfolgreichen Volksentscheid zum Wahlrecht aus dem Jahr 2004 nachträglich das Wahlrecht mit ihrer absoluten Mehrheit in der Bürgerschaft wieder verändert („Wahlrechtsraub“). Die Initiative „Mehr Demokratie“ hat darauf einen erneuten Anlauf genommen. Das Volksbegehren „Mehr Demokratie – Für ein Faires Wahlrecht“ war im Frühjahr erfolgreich. Damit sind die Voraussetzungen gegeben, dass es parallel zur Bundestagswahl im September einen Volksentscheid gibt. Nach unserer Verfassung besteht die Möglichkeit der Verständigung einer Mehrheit der Bürgerschaft mit der Initiative. Diese Verständigung zwischen allen in der Bürgerschaft vertretenen Parteien und der Initiative war erfolgreich. Zentraler Bestandteil des Kompromisses im Vergleich zum Volksbegehren: Es besteht auch künftig die Möglichkeit, auf den Landeslisten und Bezirkslisten die Stimmen auch einer Partei zu geben und nicht nur Personen zu wählen. Wir konnten ebenfalls erreichen, dass es auch künftig eine Sperrklausel bei den Wahlen zu den Bezirksversammlungen gibt, allerdings nur von 3%. Entsprechende Anträge hat die Bürgerschaft im Juni 2009 beschlossen, die Initiative wird ihren Antrag auf einen Volksentscheid zurückziehen.

Ein nötiger Kompromiss, der schwerfiel

Der Landesvorstand der Hamburger SPD hatte eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die versuchen sollte, zu einer Verständigung zwischen Initiative und Parteien zu kommen. Das gelang. Dieser Kompromiss ist der SPD aber nicht leicht gefallen. Durch die Verfassungsänderungen werden künftig die Hürden für weitere Wahlrechtsänderungen sehr hoch sein. Wir bedauern die gleichzeitig im Wahlrechtskompromiss enthaltene Entkoppelung der Bezirksversammlungenwahlen von den Bürgerschaftswahlen. Diese Entkoppelung wird die Wahlbeteiligung reduzieren und zu einer Schwächung der Bezirkspolitik führen. Die Entkoppelung ist ein Zugeständnis, das uns als Volkspartei am meisten schmerzt.

Bestandteil des gefundenen Kompromisses ist, dass Bürger auch künftig bei der Wahl zur Bürgerschaft oder zur Bezirksversammlung auf den Listen eine Partei wählen können. Ohne die Aufnahme dieser Regelung hätte es mit der SPD

Kernpunkte des neuen Wahlrechts:

- Wie bisher werden 71 Bürgerschaftsabgeordnete in 17 Wahlkreisen und 50 über die Listen der Parteien gewählt werden
- Im Wahlkreis werden die Bürgerinnen und Bürger wie bisher 5 Stimmen haben, mit denen sie – je nach Größe des Wahlkreises – zwischen 3 und 5 Wahlkreisabgeordnete wählen. Die Stimmen können beliebig verteilt (panaschiert) und angehäuft (kumuliert) werden.
- Im Gegensatz zur letzten Bürgerschaftswahl wird es in den Wahlkreisen nur noch die Möglichkeit geben, Personen (die allerdings auf Listen von Parteien stehen) zu wählen, Parteien können nicht mehr angekreuzt werden.
- Im Gegensatz zur letzten Bürgerschaftswahl wird es auch bei den Listenstimmen jetzt fünf Stimmen geben, die verteilt (panaschiert) und angehäuft (kumuliert) werden können. Hier wird es auch weiterhin die Möglichkeit geben, die Stimmen einer Partei zu geben. Die Ermittlung der gewählten Personen erfolgt nach dem sog. Bremer Modell – mit einer Sitzzuteilung, die die Persönlichkeitswahl gegenüber dem bisherigen Verfahren stärkt.
- Die Wahlen zu den Bezirksversammlungen erfolgen nach dem gleichen Prinzip
- Die Wahlen zu den Bezirksversammlungen werden von der Bürgerschaftswahl entkoppelt. Im Jahr 2012 wird noch einmal zusammen gewählt, ab dem Jahr 2014 werden die Bezirksversammlungen parallel zur Europawahl durchgeführt.
- Die 5%-Sperrklausel bei den Bezirksversammlungen wird in eine 3% Sperrklausel umgewandelt.
- Künftige Änderungen am Wahlrecht müssen hohe Hürden überwinden: Sie brauchen eine Zustimmung von 2/3 der Abgeordneten, brauchen mit 2/3-Mehrheit eine Bestätigung durch einen vereinfachten Volksentscheid, wenn 30.000 Bürgerinnen und Bürger das durch Unterschrift fordern, oder benötigen eine 2/3-Mehrheit, wenn sie durch normalen Volksentscheid erfolgen sollen.

... Fortsetzung Seite 4



WIR GRATULIEREN KNUT FLECKENSTEIN ZU SEINER WAHL IN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT.



War mehrmals in Hamburg zu Gast: Europa-Spitzenkandidat Martin Schulz



Bei vielen Veranstaltungen dabei: das Junge Team Europa



Knut Fleckenstein und Olaf Scholz mit EU-Kommissar Vladimír Špidla

	SPD		CDU		GRÜNE		FDP		DIE LINKE	
	2009	2004	2009	2004	2009	2004	2009	2004	2009	2004
Hamburg	25,4	25,3	29,7	36,7	20,5	24,6	11,1	5,5	6,7	2,8
Altona	21,6	21,5	27,5	34,9	25,2	30,0	11,8	5,6	7,9	3,5
Bergedorf	28,7	28,1	33,3	41,2	16,1	18,2	9,1	4,3	6,2	2,4
Eimsbüttel	23,7	23,4	27,3	33,4	24,9	30,2	11,3	5,5	6,6	2,9
Hamburg-Mitte	28,5	29,6	24,6	32,3	19,7	23,1	8,1	4,0	10,0	4,1
Hamburg-Nord	24,9	24,8	26,4	32,7	24,1	28,9	11,8	6,0	6,5	2,9
Harburg	29,5	28,6	33,3	41,2	14,4	16,8	9,3	4,6	6,0	2,3
Wandsbek	26,0	25,6	35,1	42,3	15,3	18,9	12,4	6,1	5,3	2,0

KETTENDULDUNGS-STATUS – ÜBER 1000 MENSCHEN IN HAMBURG BETROFFEN

„Hamburg muss im Bundesrat aktiv werden.“

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat den Senat aufgefordert, sich im Bundesrat für eine Verlängerung des Bleiberechts für geduldete Ausländer einzusetzen.

„Hier bahnt sich ein menschliches Desaster an. Über 1000 Flüchtlinge drohen in Hamburg in den alten Kettenduldungsstatus zurückzufallen – ohne Arbeit und ohne Perspektive. Das kann niemand wollen“, sagte SPD-Innenexperte Andreas Dressel in der Bürgerschaft. Die SPD-Fraktion hatte zuvor einen entsprechenden Antrag in die Bürgerschaft eingebracht.

Hintergrund: Nach der aktuellen Regelung bekommen nur die geduldeten Flüchtlinge eine längerfristige Aufenthaltserlaubnis, die bis zum Jahresende nachweisen, dass sie ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können. Ende Dezember 2009 läuft diese sogenannte Altfallregelung aus.

„Alle Parteien haben die Bereitschaft erklärt, hier zu handeln, um die Frist zu verlängern“, sagte Dressel. Nur die Union sperre sich. „Dabei muss auch ihr klar sein, dass sie die Flüchtlinge nicht abschieben kann“, sagte der SPD-Abgeordnete und verwies auf Abschiebehindernisse, die bei Aufleben des alten Duldungsstatus' weiterbestehen werden. „Humanität und Vernunft zwingen zu einer Verlängerung der Altfallregelung. CDU und GAL haben die Chance, mit der Zustimmung zu unserem Antrag bundesweit ein Zeichen zu setzen. Wir brauchen eine Einigung – am besten noch vor der Bundestagswahl.“

WAHLKAMPFACHSE HAMBURG – RÜGEN

Von Paul Kortländer und Helene Gall



Ein bisschen überdimensioniert wirkt er schon mitten in der vornehmen Bäderarchitektur - der große SPD-Bäckerbus auf der malerischen kleinen Promenade von Binz auf Rügen. Aber auffällig ist er allemal, und darum geht es schließlich an diesem Pfingstsamstag.

Mit Infostand, SPD-Glücksrad und Ballons bewaffnet sind wir sieben Hamburger Genossen und Genossen aus Harvestehude-Rotherbaum in Hamburg-Eimsbüttel 330 km hergereist um der hiesigen SPD beim Kommunal- und Europawahlkampf mit Personal und Material unter die Arme zu greifen.

Und es gibt ein klares Ziel: Aus fünf Personen besteht die SPD in Binz, zwei davon sitzen im Gemeinderat. Nach der Kommunalwahl sollen es drei sein. „Wir streben also einen Zuegwin von 50 Prozent an!“ sagt Vorsitzender Ralf Reinbold.

Ehrgeizig, hier wo die SPD bisher nur drittstärkste Kraft ist. Aber das motiviert: An zwei Infoständen bringen wir unser Material unter die Leute. Und während sich auf der Veranstaltung der Linken nur ein paar Leute verlieren,

haben unsere Ballons innerhalb kürzester Zeit die Hauptstraße in sozialdemokratisches Rot getaucht. Innerhalb kurzer Zeit gelingt es uns, die Flyer für die Kommunalwahl an die Binzer zu verteilen und wir freuen uns über erfreulich viele positive Rückmeldungen im Wahlkreis der Bundeskanzlerin.

Dass am Pfingstwochenende auch mal ein Tourist unter den angesprochenen Passanten ist – kein Problem: Für sie gibt es Informationen zur Europawahl.

Nach vier Stunden Infostand, hunderten Gesprächen und Flyern, rollt der SPD-Bus weiter in die Binzer Wohnbezirke. Hier geht es ruhiger zu als in der Innenstadt, aber die roten SPD-Ballons begegnen uns überall wieder. Am Abend haben wir kaum noch Material übrig, der Elan jedoch ist auf beiden Seiten ungebrochen.

Um die Partnerschaft zwischen den beiden Ortsvereinen zu vertiefen, verhandeln wir nach zwei Besuchen an der Ostsee nun mit den Binzer Genossen über einen Gegenbesuch: Im Bundestagswahlkampf könnten wir noch Hilfe gebrauchen.

Fortsetzung von Seite 2 ...

keine Verständigung gegeben. Die Wahl in den Wahlkreisen bei der letzten Bürgerschaft hat gezeigt, dass die Mehrheit – 59% der Stimmen – Parteien gegeben wurde. Diese Wahlmöglichkeit muss daher erhalten bleiben.

Wie geht es weiter?

Mit den Beschlüssen ist die Arbeit nicht zu Ende. Die Entkoppelung der Bezirksversammlungswahl von der Bürgerschaftswahl erfordert Veränderungen bei der Bezirkspolitik. Über die nötige Stärkung der Bezirksparlamente, aber auch über die Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten der Bezirksabgeordneten und -fraktionen muss gesprochen werden. Der Landesvorstand hat daher die Einrichtung einer Arbeitsgruppe dazu beschlossen, die Vorschläge erarbeiten soll.

TERMIN

**SONNTAG, 05.07.09, 11:00
POLITISCHER FRÜHSCHOPPEN**

Buchvorstellung "Rostock, Hamburg und Shanghai" von Peter Schulz, im Gespräch mit Ingo Egloff, Kurt-Schumacher-Haus, Kurt-Schumacher-Allee 10, Anmeldung unter 280848-25 oder anmeldung@spd-hamburg.de



**FRAGEN? SORGEN?
PROBLEME? ANREGUNGEN?**

**WIR SIND FÜR SIE DA!
SPD BÜRGERBÜRO**

Kurt-Schumacher-Allee 10, 20097 Hamburg, Tel.: 280 848 32
Di · Mi · Do: 14.00 - 16.00 Uhr

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesorganisation
Hamburg, Ingo Egloff
V.i.S.d.P.:
Karin Timmermann
Redaktion:
Jörg Schmolli
Redaktionsschluss für die kommende Ausgabe:
13. Juli 2009
Anschrift:
Kurt-Schumacher-Allee 10,
20097 Hamburg
Layout:
n.darwitz@lang-dv.de